

## 18. ordentliche Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2003

*Sperrfrist: Samstag, 17. Mai 2003, 1200 Uhr*

*Rede ist ab Samstag, 17. Mai 2002, 1200 Uhr, abrufbar auf:*

<http://www.auns.ch>

<http://www.blocher.ch>

---

### Begrüssung und Standortbestimmung

von Nationalrat Dr. Christoph Blocher anlässlich der 18. ordentlichen Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

---

Liebe Mitglieder

Meine Damen und Herren

#### I. Vom Missachten des Volkswillens

Am vergangenen 6. Dezember 2002 jährte sich **zum zehnten Mal das "Nein" der Schweiz zur Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Vertrag)**. Es war die wichtigste Abstimmung seit dem 2. Weltkrieg, denn der EWR-Vertrag war der erste Schritt in die Europäische Union - der "Vorhof", das "Trainingslager", die "Verlobung" und das Nadelöhr, durch das die EU-Befürworter gehen wollten, um in die EU zu kommen. Der Schweizer Souverän hat diesen Vorhof abgelehnt und damit klar zum Ausdruck gebracht, dass die Schweiz der Europäischen Union nicht beitreten will.

Alle bisherigen Abstimmungen haben dieses Resultat bestätigt, insbesondere als am 4. März 2001 77% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und sämtliche Kantone die EU-Beitrittsinitiative "Ja zu Europa", mit dem

entschiedenen Satz im Initiativtext **"Die Schweiz beteiligt sich am Europäischen Integrationsprozess und strebt zu diesem Zweck den Beitritt zur Europäischen Union an"** bachab schickten.

Meine Damen und Herren, trotz dieser klaren Ausgangslage müssen wir leider feststellen, dass sich sowohl die Regierung als auch die Parlamentsmehrheit um diese Volksentscheide herumdrücken: **Entgegen dem klaren Willen des Volkes streben sie den Beitritt in die Europäische Union an. Sie tun alles, um dorthin zu gelangen, auch wenn sie das dem Volk nicht offen sagen.** Im Inland verkündet man, man führe bilaterale Verhandlungen mit der Europäischen Union, um dieser nicht beitreten zu müssen, und der EU verkündet man das Gegenteil und verweist auf das Beitritts-gesuch, das ja in Brüssel liege.

Niemand hat diese "Doppelzüngigkeit" besser entlarvt, als die noch neue und glücklicherweise etwas naive Bundesrätin Calmy-Rey. (Denn Kinder und Narren sagen bekanntlich die Wahrheit). So hat Frau Clamy-Rey das bundesrätliche Doppelspiel in der EU-Frage – unfreiwillig – enthüllt und bestätigt. Sie hat betont, die **bilateralen Verträge müssten "den Boden bereiten", für den raschen EU-Beitritt.** Damit hat sie - ohne zu wollen - die Wahrheit verkündet und das Doppelspiel des Bundesrates vollständig entlarvt.

Meine Damen und Herren, wie weit dieses Doppelspiel geht, zeigt mir folgende beschämende Gegebenheit: An einem Anlass im Kanton Thurgau, wo ein Unternehmen eingeweiht wurde, waren nebst Leuten aus der Wirtschaft, zahlreiche eidgenössische Parlamentarier geladen. Eingeladen war auch der damalige deutsche Wirtschaftsminister Müller. In seiner launigen Ansprache spöttelte der deutsche Wirtschaftsminister, dass die Schweiz ja der EU nicht beitreten wolle. Aber die Sache komme schon gut, denn die Schweiz übernehme ja mit den bilateralen Verträgen jetzt Schritt für Schritt das EU-Recht. Somit werde die Schweiz der EU beigetreten sein, ohne dass es das Schweizer Volk merke. Diese hochnäsige Bemerkung, die die

Doppelzüngigkeit der schweizerischen Classe politique verrät, hat mich als Schweizer empört. Doch die anwesenden Parlamentarier der SP, der FDP und CVP haben fröhlich gelacht und heftig applaudiert.

Meine Damen und Herren, ich kam mir vor, wie unter Landesverrättern. Haben nicht diese Sozialdemokraten, Freisinnige und sich "Christdemokraten" nennende Politiker vor dem Parlament im Scheinwerferlicht des Fernsehens gelobt und geschworen:

**"... die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen ..."?**

**Es ist, wie Frau Calmy-Rey "irrtümlich" bestätigt: Im Bundeshaus sind die bilateralen Abkommen nicht der Ersatz für einen äusserst folgenschweren EU-Beitritt, sondern die Vorstufe für den EU-Beitritt mit dem Zweck, "Beitrittschürden" abzubauen. Das dürfen wir nicht vergessen.**

Meine Damen und Herren, weil die EU doppelzüngige schweizerische Regierungsvertreter als Verhandlungspartner vor sich hat, **hat die Schweiz im Ausland an Respekt und Ansehen verloren.** Die Resultate der bilateralen Verhandlungen – ich denke hier beispielsweise an das Verkehrsabkommen, an die Verhandlungen über den Flugverkehr – sind auch entsprechend.

## **II. Kein EU-Beitritt**

Ein EU-Beitritt der Schweiz würde dem Schweizervolk schwere Belastungen und Nachteile aufbürden:

- den **Verlust an Freiheit, Unabhängigkeit und an Volksrechten;**
- die **Preisgabe unserer integralen Neutralität;**
- die **Preisgabe des Schweizer Frankens und unserer eigenständigen Notenbank;**
- eine **Verdoppelung der Mehrwertsteuer auf mindestens 15 %;**

- rund **2 % höhere Schuld- und Hypothekarzinsen**;
- **20-25 % höhere Wohnungsmieten**;
- jährliche **Milliardenzahlungen an Brüssel**;

**Ein EU-Beitritt ist daher entschieden abzulehnen!**

### **III. Beitritt durch die Hintertüre?**

Bundesrat und Parlament wissen, dass ein EU-Beitritt in der Volksabstimmung keinerlei Chancen hat. Darum ist die Gefahr gross, dass **in Bern ein EU-Beitritt durch die Hintertüre** erfolgt. Darum wollen wir uns heute mit diesen "Hintertüren" befassen. Das heisst, es gilt sich misstrauisch mit den bilateralen Verträgen auseinander zu setzen.

- So soll heute an dieser Jahresversammlung wieder einmal eine Übersicht über den aktuellen Stand der bilateralen Verhandlungen gegeben werden. **Ich danke Herrn Botschafter Michael Ambühl, Chef des Integrationsbüros des EDA/EVD**, als Chefunterhändler der bilateralen Verträge II, dass er uns eine **Standortbestimmung** vorlegen will.
- Dann geht es um **eine politische Würdigung der Bilateralen I / der Personenfreizügigkeit und der Osterweiterung**. **Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer, Flaach**, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates geht der Frage nach: Was kommt mit diesen Vereinbarungen auf uns zu?
- Und in einem dritten Teil werden wir uns **dem Problemkreis Bilaterale II (Schengen / Dublin / Bankkundengeheimnis)** widmen. Auch hier ist die politische Frage zu stellen, was zu tun ist. Diese Aufgabe übernimmt **Professor Dr. Christoph Mörgeli**. Auch er ist Nationalrat und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates.

## IV. Die Aufgabe der AUNS

Meine Damen und Herren, wer die Schweizer Geschichte kennt, weiss, dass die Schweiz immer wieder Zeiten gehabt hat, wo sie in Gefahr stand, ihre Eigenständigkeit, ihre Stärke, ihre Neutralität aus Kleinmut im Innern und aus Grössenwahn nach aussen preiszugeben.

Schon einer der Gründer meiner Partei, der unbeugsame überzeugungsstarke **Fritz Bopp**, der sich vom Bauernknecht zum Nationalrat und Redaktor hochgearbeitet hatte, warnte vor dem Eintritt der Schweiz in den Völkerbund: **"Unserem Land drohte nicht dann die grösste Gefahr, wenn Kanonenschlünde seine Grenzen bedrohten, sondern dann, wenn ausländische Staatsleute unsere Politiker in ein Übermass von Liebenswürdigkeit verstrickten. Dann wie nie gilt für uns: Betet freie Schweizer, betet!"**

Darum meine Damen und Herren, ist es die Aufgabe der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz, diese für unser Land verheerenden neutralitätswidrigen und souveränitätsfeindlichen Einbindungen und Anpassungen anzuprangern und zu bekämpfen! Es ist unsere Aufgabe mitzuhelfen:

**1. Dass die Schweiz weder offen, noch durch Hintertüren der EU beitrifft.**

**2. Das EU-Beitrittsgesuch muss zurückgezogen werden.**

Wird dieses Beitrittsgesuch nicht zurückgezogen, beweist der Bundesrat, dass er den Volkswillen in der EU-Frage nicht ernst nimmt. Solange das EU-Beitrittsgesuch besteht, werden wir schlechte Verhandlungsergebnisse in den bilateralen Verträgen einheimen.

**3. Der Neutralitätsfrage ist grosse Bedeutung beizumessen**

Die erschütterte weltpolitische Situation, die Schluss macht mit den Friedens-Träumereien der Neunzigerjahre, zwingt uns, die **Neutralität der**

**Schweiz wieder in den Mittelpunkt zu stellen.** Eine Abkehr von diesem Grundsatz bringt die Schweiz sicherheitspolitisch, aber auch wirtschaftspolitisch in ungeahnte Abhängigkeiten und in ein Desaster.

4. Obwohl fast 50% der Schweizerinnen und Schweizer der **Asylinitiative**, welche die AUNS aktiv unterstützt hat, zustimmte (die Differenz war die kleinste Differenz, die es seit langem gegeben hat) **unternimmt man in Bern nichts**. Darum wird sich auch die **AUNS weiterhin dem Kampf gegen den Missbrauch im Asylwesen, der Ausländerpolitik und der automatischen Einbürgerung annehmen müssen**.
5. Am 19. Oktober 2003 finden **die Nationalrats- und Ständeratswahlen** statt. Unser Ziel heisst: **Wir wollen ein anderes Parlament!** Wir wollen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die ihren Eid auf unser Land ernst nehmen und sich für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Rechte des Volkes einsetzen. Wir werden solche Persönlichkeiten zur Wahl empfehlen.

## **Schlusswort**

**Die AUNS ist mit 41'000 Mitgliedern die einzige starke überparteiliche Volksbewegung, die ohne Wenn und Aber für die Wahrung unserer Staatssäulen einsteht.**

Unser Kampf ist noch wichtiger geworden, seitdem Parteien, die sich als bürgerlich bezeichnen, mit der Linken zusammenspannen und die schweizerische Neutralität und Souveränität zunehmend schwächen – sei es mit dem UNO-Beitritt, mit dem EU-Beitritt oder mit den Etappen dazu, sei es mit der Verschleuderung von Volksvermögen, mit Auslandseinsätzen der Armee, mit der Annäherung an die NATO oder mit der Vergoldung der Parlamentarier.

**Meine Damen und Herren, Ihr heutiger Aufmarsch beweist Ihren Willen, den Kampf für unsere Staatssäulen und Werte zu führen. Dafür danke ich Ihnen.**

\*\*\*